

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

148. Sitzung Mittwoch, 27. Januar 2016, 09:00 Uhr

**TOP 1**

**Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015  
geltenden Änderungen des Asylrechts in Baden-Württemberg**

Rede von

**Guido Wolf MdL**

**Fraktionsvorsitzender**

**der CDU-Landtagsfraktion**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

**Guido Wolf MdL, CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Asyldebatte, die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen, beschäftigt die Menschen in Baden-Württemberg unverändert. Die furchtbaren Ereignisse der Silvesternacht haben natürlich auch noch einmal zu einem völlig neuen Bewusstsein, zu einem ganz anderen Umgang mit all diesen Fragen geführt. Ja, diese Ereignisse der Silvesternacht waren so etwas wie eine Zeitenwende.

Warum waren sie das? Weil viele Menschen nach den Ereignissen in Köln, Hamburg, aber auch hier bei uns in Stuttgart das Gefühl haben, dass in dieser Flüchtlingsdebatte die Transparenz fehlt. Warum sind diese Ereignisse erst Tage später in vollem Umfang ans Licht gekommen? Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Risiken der Zuwanderung klein geredet worden sind, und viele Menschen wollen, dass wir jetzt die Probleme mit Asylsuchenden und Flüchtlingen bei all den Chancen, die wir bei dieser Diskussion nicht ausblenden, klar benennen.

Unsere Große Anfrage hat für diese neue Debatte wichtige Fakten geliefert. Herr Ministerpräsident, bei allem, was diese Landesregierung und was auch Sie immer wieder vorgeben in dieser Frage richtig zu tun, hat diese Große Anfrage natürlich schon bemerkenswerte, ja bedrückende Erkenntnisse an den Tag gebracht.

15 000 Asylbewerber sind aktuell unregistriert in Baden-Württemberg unterwegs. Personen, von denen niemand weiß, woher sie kommen, wer sie sind und was sie hier wollen. Das ist einer der Umstände, das ist eine der Entwicklungen, die wir hier in Baden-Württemberg schnellstmöglich beenden müssen, und das ist Verantwortung dieser grün-roten Landesregierung.

Die Menschen müssen wissen, wer sich in diesem Land aufhält.

Oder nehmen Sie ein anderes Beispiel: die Duldungen. Personen, die kein Asyl bekommen haben und auch keine Flüchtlinge sind, aber dennoch irgendwie hierbleiben. Ausweislich der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage sind rund 10 000 – exakt 9 638 – dieser geduldeten Personen in Baden-Württemberg. Sie stammen aus einem sicheren Herkunftsland. Wir fragen uns schon, warum diese Menschen geduldet sind, wenn es bei ihnen daheim sicher ist.

Herr Kretschmann, Sie haben im TV-Duell treuherzig behauptet: „Wir schieben die ab, die wir abschieben können.“ Nein, das tun Sie nicht! Eine unverändert hohe Zahl und immer höher werdende Zahl an Menschen auch aus sicheren Herkunftsländern halten sich hier ohne Aufenthaltstitel auf. Die Landesregierung schiebt nicht ab. Das kritisieren wir, Herr Ministerpräsident.

Sie verzögern unverändert die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, obwohl Sie sich doch im Schulterschluss mit der Kanzlerin verständigt haben, all das umzusetzen, was im Paket der Großen Koalition in Berlin geschnürt worden ist. Aber vielleicht gibt es dafür ja auch eine Begründung.

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, wenn man sich nochmals die Rede des Ministerpräsidenten vor Augen führt, die er im September 2014 im Bundesrat gehalten hat, als es darum ging, die Zustimmung Baden-Württembergs zum Asylkompromiss I, nämlich zur Einstufung einiger Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer, zu gewinnen.

Damals hat Winfried Kretschmann gesagt – ich zitiere –:

*Uns ist es in langen und harten Verhandlungen gelungen, wirklich substanzielle Verbesserungen für die hier lebenden Flüchtlinge zu erreichen. Wir konnten durchsetzen, dass die Residenzpflicht für Flüchtlinge deutschlandweit abgeschafft wird. Asylbewerber sind dann nicht mehr gezwungen, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten.*

Dafür haben Sie sich gerühmt: das, was wir heute dringend bräuchten und was heute Teil des Problems ist, Herr Ministerpräsident.

Aber es geht noch weiter. In der damaligen Rede hat Winfried Kretschmann gesagt: *Außerdem haben wir einen wichtigen Fortschritt bei den Geldleistungen errungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht bislang einen Vorrang für Sachleistungen vor. Das ist beschämend, weil die Flüchtlinge sich dadurch Dinge des täglichen Bedarfs wie Essen oder Kleidung nicht selbst aussuchen können. Das ändert sich nun. In Zukunft wird es einen Vorrang für Geldleistungen geben.*

So Winfried Kretschmann im September 2014, als es darum ging, endlich weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Das war der Preis, den Sie verhandelt haben, und dafür tragen Sie die Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, wir brauchen endlich eine konsequente Politik, die auch eine nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahlen gewährleistet, und eine Politik, die auch Sicherheit in Baden-Württemberg und insbesondere auch rings um die Flüchtlingsunterkünfte gewährleistet.

Deshalb geht es erstens darum, dass wir die Polizei stärken. Wir wollen 1 500 neue Stellen bei der Polizei einrichten, denn in der Flüchtlingskrise brauchen wir mehr Polizei.

Zweitens: Wir werden die Einführung der Gesundheitskarte stoppen. Der Städtetag hat es am Montag nochmals klar gesagt: Mit der Gesundheitskarte verlieren die Kommunen die Kontrolle über die Kosten der medizinischen Behandlung.

Drittens: Wir werden uns für Transitzone einsetzen. Das wollten die CDU und CSU vor Monaten. Die SPD hat es ausgebremst. Wir brauchen die Kontrollen an den Außengrenzen, um schnelle Rückführungen zu ermöglichen.

Viertens: Wir werden die Geldauszahlung an den Erstaufnahmestellen stoppen, indem wir den konsequenten Umstieg von Geld- auf Sachleistungen vorantreiben und falsche Anreize in unserem Land endgültig abschaffen.

Fünftens: Wir werden das verschärfen, Herr Ministerpräsident, was Sie im September 2014 fälschlicherweise herausverhandelt haben, nämlich die Residenzpflicht. Diese brauchen wir zwingend und dringend. Während eines Asylverfahrens muss die Möglichkeit bestehen, jederzeit zu wissen, wo sich ein Asylbewerber aufhält, damit wir das Verfahren auch beschleunigen können.

Und sechstens: Wir werden uns für weitere sichere Herkunftsländer einsetzen. Meine Damen und Herren, während Herr Kretschmann und die Grünen immer davon gesprochen haben, das sei reine Symbolpolitik, haben die Balkanstaaten gezeigt, dass die Zugangszahlen in dem Moment, in dem diese Staaten sichere Herkunftsländer waren, drastisch zurückgegangen sind. Das muss jetzt fortgesetzt werden mit Staaten aus Nordafrika:

Marokko, Algerien, Tunesien. Auch sie müssen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Herr Ministerpräsident, kein neuer Kuhhandel, keine taktischen Verzögerungen, Zustimmung jetzt! Das erwarten wir von Grün-Rot in Baden-Württemberg.

Herr Ministerpräsident, kommen Sie zu einer glaubwürdigen Politik zurück.

Wenn Sie nach all dem, was Sie 2014 mit Blick auf die Residenzpflicht herausverhandelt haben, gestern in der Zeitung erklären, die Bundesregierung muss endlich die rechtliche Grundlage für eine Wohnsitzauflage schaffen, dann muss ich sagen: Hier redet ein Grüner schwarz, ohne dabei rot zu werden. Glaubwürdigkeit sieht anders aus, meine Damen und Herren.